

Denis Goldberg

»Südafrika steht vor großen Herausforderungen – aber ich bin sehr optimistisch«

UTOPIE kreativ: Was war das Ziel Ihrer Reise nach Deutschland?

DENIS GOLDBERG: Ich kam nach Deutschland zu einer Vortragsreise. Als Einführung habe ich meist aus der Biographie von Nelson Mandela gelesen, um darüber ins Gespräch zu kommen, wo Südafrika heute politisch und ökonomisch steht und um auch darüber zu sprechen, wofür ich mich heute engagiere, d. h. über den Hilfsfond »Community H.E.A.R.T.« (Health, Education and Reconstruction Training), dessen Direktor ich bin. Diese Nichtregierungsorganisation hilft dabei, Geld für Entwicklungsprojekte in Südafrika zu mobilisieren. Begonnen haben wir damit in London, und jetzt haben wir auch ein Büro in Essen. Ich sammle Spenden und wir verwenden sie vor allem für Projekte im Gesundheits- und im Bildungswesen der städtischen und ländlichen Gemeinden. So beteiligen wir uns zum Beispiel in Kapstadt an der Finanzierung der Arbeit eines Frauenzentrums für die Opfer sexueller Gewalt. Die Hans-Böckler-Stiftung des DGB hat uns speziell für diese Aufgabe eine Spende von 10.000 DM übergeben. Vergewaltigung ist ein sehr ernstes Problem in unserem Lande. Nach den Statistiken soll Südafrika die höchste Vergewaltigungsrate in der Welt haben. Alle 34 Sekunden wird eine Frau vergewaltigt. Wir unterstützen aber auch ein kleines künstlerisches Projekt mit Kindern aus den Townships an der renommierten Johannesburger Kunstgalerie, das uns sehr viel Freude bringt. Diese heiligen Hallen durften früher Schwarze nicht einmal betreten! So spreche ich über Südafrika, auch über unsere internationalen Beziehungen.

UTOPIE kreativ: Wie beurteilen Sie die soziale und ökonomische Situation im heutigen Südafrika?

DENIS GOLDBERG: Die Realität ist, daß die südafrikanische Wirtschaft heute von fünf großen Konzernen beherrscht wird und der Entwicklungsspielraum für kleine Unternehmen beschränkt ist. Es gibt vereinte Anstrengungen von Regierung und Nichtregierungsorganisationen, kleine Unternehmen zu schaffen. Es gibt den entscheidenden Versuch der großen Konzerne, eine Klasse schwarzer Kapitalisten zu schaffen. Das wird »schwarze Machtverstärkung« (black Empowerment) genannt. Insgesamt wird Südafrika mehr und mehr eine ganz »normale« kapitalistische Gesellschaft. Jetzt gibt es tatsächlich freie Lohnarbeiter, die sich überallhin – gleich

Denis Goldberg – Jg. 1933, in Kapstadt geboren und von Beruf Diplom-Ingenieur. Er war Mitbegründer des von Nelson Mandela geführten Militärlügels des ANC »Umkhonto we Sizwe« und fiel 1963 der südafrikanischen Sicherheitspolizei in die Hände, als es ihr gelang, das MK-Hauptquartier im Johannesburger Stadtteil Rivonia auszuheben. Als Angeklagter Nr. 3 stand Goldberg dann 1964 neben Mandela, Walter Sisulu und anderen führenden ANC-Mitgliedern im bekannten Rivonia-Prozeß vor Gericht und wurde zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Heute, nach seiner Freilassung, hat er sich dem Nationalen Wiederaufbauprogramm für Südafrika verschrieben und ist Gastprofessor an der Universität Glasgow in Schottland.

»Südafrikas Wirtschaft kann auf ein relativ gutes Jahr 1995 zurückblicken. Das reale Wirtschaftswachstum erreichte 3,5 Prozent (die höchste Rate seit 1988), und für 1996 wird mit mindestens 4 Prozent gerechnet. Die positive Entwicklung im vergangenen Jahr konnte trotz eines dürrebedingten Rückgangs der Agrarerzeugung von 15 Prozent und einer um 3,5 Prozent geringeren Bergbauproduktion erzielt werden.«
Länderanalyse Südafrika, IFO Schnelldienst 15/96 (vom 24. Mai 1996), S. 22.

in welchen Wirtschaftszweig – bewegen können. Dazu gibt es ein umfassendes Programm, um möglichst viele Menschen in technischen Berufen auszubilden.

Ein gravierendes Problem Südafrikas ist die Arbeitslosigkeit – nicht einfach »normale« Arbeitslosigkeit, sondern Mangel an Möglichkeiten zu wirtschaftlicher Tätigkeit überhaupt für nahezu die Hälfte der Bevölkerung. Eine ungeheure Zahl von Menschen, man spricht von der Hälfte der Bevölkerung, hat keinen Zugang zu sauberem Wasser, verfügt nicht über angemessenen Wohnraum. Viele Menschen wohnen in armseligen Hütten aus Holz und Karton, unter Plastikplanen oder Blechen, die Wind und Regen abhalten sollen. Das ist die schrecklichste Form der Armut, die man sich vorstellen kann, in einem Land, das wirklich sehr reich ist.

Ich werde gefragt, warum unser Land mit all seinen Problemen Geld ausgibt, um eine Mannschaft zu den Olympischen Spielen zu senden und warum Kapstadt sich sogar um die Olympischen Sommerspiele für 2004 beworben hat. Man muß aber verstehen, Sport ist für uns etwas Großartiges, eine Quelle der Einheit. Eine Olympia-Mannschaft, auch wenn sie nur wenige Siege errang, ist ein Identifikationsmuster, macht die ganze Nation stolz.

Politisch ist die Lage kompliziert. Die Regierung der nationalen Einheit, die im Rahmen der Übergangsverfassung gebildet worden war, ist zerbrochen, weil die alte Regierungspartei, die Nationalpartei des früheren Premierministers de Klerk, die Regierung verlassen hat. In gewisser Weise hat dies den Transformationsprozeß beschleunigt: Wenn bisher im Kabinett Entscheidungen auf die Tagesordnung kamen, wurde bis zum Konsens diskutiert. Das bedeutete, alles verlief langsam. Ich denke, es könnte nur gut für den politischen Prozeß sein, wenn auch formal eine Opposition im Parlament existiert, die ihre ablehnende Haltung offen ausspricht. Nicht, daß ich glaube, die Partei von de Klerk kann jemals eine richtige Opposition werden. Dazu ist sie zu tief ausschließlich in der weißen Minorität verwurzelt. Sie und einige andere – darunter auch einige Schwarze – fürchten die schwarze Mehrheit.

»De Klerk begründete den Schritt mit dem schwindenden Einfluß der NP im vom ANC dominierten Kabinett und glaubt, den Interessen des Landes und der Profilierung seiner Partei als schlagkräftige Opposition besser gerecht werden zu können. Der Wert des südafrikanischen Rand gab daraufhin trotz der Versicherung de Klerks, das die Wirtschaftspolitik des ANC zuverlässig bleibe, weiter nach.«
Länderanalyse Südafrika, IFO Schnelldienst 15/96 (vom 24. Mai 1996), S. 27.

UTOPIE kreativ: Kann man diesen Vorgang nicht als Teil eines Normalisierungsprozesses betrachten? Durch das Ausscheiden aus der Regierung versucht die Nationalpartei nicht nur die Mehrheit der Weißen, sondern auch alle Enttäuschten unter den Schwarzen zu gewinnen. Nach zweieinhalb Jahren gibt es mit Sicherheit eine große Anzahl von Schwarzen, die von den Ergebnissen der Umgestaltung enttäuscht sind.

DENIS GOLDBERG: Dafür spricht einiges. Aber da spielt bei der alten Regierungspartei von de Klerk auch Resignation mit. Ganz gleich, was sie in der Regierung der nationalen Einheit unternommen hat, am Ende konnte sie die Prozesse der Zurückdrängung des Rassismus, der wachsenden Zustimmung für die neue Regierung und die allmähliche Erosion der Privilegien für Weiße nicht aufhalten. Auf der anderen Seite gibt es auch eine Menge Frustration, die mit den kriminellen Aktivitäten des alten Regimes, der Polizei, der Armee, den Morden zu tun hat. Die Arbeit der »Kommission für

Wahrheit und Versöhnung« – der ein sehr religiöses Konzept von »Versöhnung« zugrunde liegt – kann, glaube ich, eine sehr wichtige Rolle spielen, einfach dadurch, daß sie vielen Menschen gestattet, öffentlich auszusprechen, was mit ihnen und ihren Familien, ihren Kindern und Eltern geschah. Zumindest hört man ihre Geschichte und spricht darüber. Die Beamten, die Generäle, die diese Politik zu verantworten haben, zeigten bisher keine große Bereitschaft, vor der Wahrheitskommission als Zeugen aufzutreten, obwohl es für sie sehr wichtig wäre, wenn sie für ihre Verbrechen amnestiert werden wollen. Für alles das, was aufgedeckt wird, nachdem die Kommission ihre Arbeit beendet hat, wird es – denke ich – keine Amnestie geben, d. h. die Verantwortlichen des alten Regimes müssen jetzt ihre Aussagen machen. Es gibt auch Fälle, in denen die Kommission sich weigern kann, eine Amnestie auszusprechen. Ich glaube, daß die Kommission eine wichtige Funktion hat. Obwohl ich vom Apartheid-Regime verurteilt wurde und über zwanzig Jahre im Gefängnis zubringen mußte, fühle ich kein Verlangen nach Rache, nach Haftstrafen oder gar nach der Todesstrafe, die manche Leute jetzt fordern – neue Tote machen Getötete nicht wieder lebendig. Es ist sehr wichtig, daß wir versuchen, Wege zu finden, um etwas Neues zu bauen. Das ist eine sehr schwierige Angelegenheit. Es gibt da zum Beispiel einen Polizeioffizier, der vor Gericht gestellt wurde, sein Name ist Eugene de Kock. Er ist Colonel und Commander, also ein hoher Polizeioffizier. Ihm wurden ungefähr 86 schwere Verbrechen nachgewiesen, darunter sechs Morde und mehrere versuchte Morde. Der Prozeß endete nach fast zwei Jahren mit der Verurteilung zu zweimal lebenslänglich. Dieser Prozeß war sehr wichtig. Denn niemand kann jetzt länger behaupten, daß solche Greultaten nicht geschehen sind...

Aber es gibt auch anderweitig Enttäuschte. Die Schaffung von Arbeitsplätzen verläuft sehr langsam. Die Versorgung mit Wohnungen kommt nur langsam voran, erst recht für solche Menschen, die kein Einkommen haben. In einem System, in dem Vermögen zählt, gibt es nicht ohne weiteres Mittel für die kostenlose Bereitstellung von Wohnungen. Dazu kommt, daß in Südafrika der Wunsch nach einem eigenen Haus für jede Person oder Familie tief verwurzelt ist – es geht nicht um Wohnblocks, sondern um ein eigenes Haus und ein eigenes Stück Land. Das ist natürlich eine besonders teure Art von sozialem Wohnungsbau.

UTOPIE kreativ: Ist das eine Art von ökonomisch-sozialem Romantizismus?

DENIS GOLDBERG: Das ist eine Forderung, weil es die Weißen in Südafrika vorgelebt haben, häufig in Wohnungen, aber in großen Wohnungen. Das war nicht romantische Verklärung, das war Realität.

UTOPIE kreativ: Aber es ist doch auf jeden Fall effizienter, wenn man in großen Städten arbeitet, auch dort zu leben, statt auf dem Land.

»Leider war die Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten im abgelaufenen Jahr nur von einem äußerst schwachen Beschäftigungswachstum begleitet. Zwischen Juni 1994 und Juni 1995 nahm die Zahl der im formellen Sektor außerhalb der Landwirtschaft Beschäftigten um nicht einmal 1 Prozent zu (44.335 neue Arbeitsplätze), während jährlich mindestens 700.000 Personen neu auf den Arbeitsmarkt drängen. Auch wenn der informelle Sektor einen Teil dieser Menschen aufnimmt, erhöht sich die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten – die Quote wird auf 35 Prozent und darüber geschätzt – damit ständig weiter.«
Länderanalyse Südafrika, IFO Schnelldienst 15/96 (vom 24. Mai 1996), S. 23/24.

»Was die Schaffung von Arbeitsplätzen angeht, so ging der Trend eher in die umgekehrte Richtung. Allein im ersten Halbjahr 1995 haben die Provinzregierungen nicht weniger als 32.000 Arbeitsplätze aus budgetären Gründen gestrichen.«

Länderanalyse Südafrika, IFO Schnelldienst 15/96 (vom 24. Mai 1996), S. 27.

»Zum Verlust an allgemeiner Moral und Kompromißfähigkeit während der letzten beiden Apartheidjahrzehnte gehört auch die anhaltende Weigerung der Mehrzahl der Townshipbewohner, Gebühren für Müllabfuhr, Wasser Strom, Kanalisation und andere öffentliche Dienstleistungen zu zahlen – und dies, obwohl der ANC und die Regierung des früheren Staatspräsidenten Frederik de Klerk Anfang 1994 übereingekommen waren, die bis dahin angehäuften Schulden als Geste des guten Willens und Zeichen für einen Neuanfang zu streichen. (...) In manchen Schwarzensiedlungen entrichten weniger als 10 Prozent der Bewohner ihre verbrauchsabhängigen Gebühren für öffentliche Dienstleistungen.«

Länderanalyse Südafrika, IFO Schnelldienst 15/96 (vom 24. Mai 1996), S. 29.

DENIS GOLDBERG: Die ländlichen Gebiete spielten in Südafrika immer eine besondere Rolle. Denn so wie die Rassentrennung durchgesetzt wurde, waren die Schwarzen gezwungen, größtenteils außerhalb der Städte zu wohnen. Zur und von der Arbeit waren sie täglich vier bis fünf Stunden in Überlandbussen unterwegs. Sie lebten in Gebieten, die wir ländlich nennen, die aber in Wirklichkeit Vorstädte waren. Heute leben sie natürlich immer noch dort. Millionen Menschen siedeln zum Beispiel um Johannesburg und Pretoria. Das ist der Industriegürtel des Landes mit Hoffnung auf einen Arbeitsplatz. Wir nennen diese Kommunen, die keine Slums sind, ländlich. Aber Landwirtschaft gibt es hier nicht. Es sind einfach »Nicht-Städte«. Jeder kennt Soweto. Das ist kein besonderer Name, sondern die Abkürzung für »South-Western-Township«, d. h. der Ort, in dem die Schwarzen südwestlich von Johannesburg leben. In Soweto leben offiziell zwei, wahrscheinlich aber vier Millionen Leute. Die Behörden sagen, wenn Soweto entwickelt werden soll – Straßen, Wasser, Elektrizität, Schulen usw. –, dann muß die Gemeinde dafür bezahlen. Normalerweise bezahlt nicht eine Vorstadt allein für solche Vorhaben, sondern die gesamte Stadt, in der Handel und Industrie Reichtum hervorbringen. Aber in Soweto gab es nie Industrie, gab es nie Handel – beides wurde nicht zugelassen, und folglich gab es keine kommunalen Einnahmen. Wir müssen jetzt eine Metropolen-Region Johannesburg schaffen, die vier solcher Vorstadtstrukturen hat: Nordost, Nordwest, Südwest und Südost. Plötzlich sagen nun die Weißen: »Wir bezahlen keine Steuern, die anderen zugute kommen.« Tatsächlich wurden die teuren Wohngehenden der Weißen durch die Armut der schwarzen Gebiete subventioniert. Jetzt weigern sich die Weißen, Steuern zu zahlen, so wie die Schwarzen unter der Apartheid.

Eines der größten Probleme Südafrikas ist seine Tradition »politischer Korruption«. Alle Apartheid-Regierungen haben sich mit den mächtigen Gruppen arrangiert und haben sich für deren Interessen eingesetzt, nicht zuletzt, um sich selbst schnell bereichern zu können. Diese Art von korrupter – legaler oder krimineller – Instrumentalisierung von Politik für Gruppeninteressen kann offenbar nur schwer überwunden werden. Aber auch die Schwarzen haben Formen des Kampfes entwickelt, die heute eher kontraproduktiv sind. Früher haben die Schwarzen sich dem Apartheid-Staat dadurch verweigert, daß sie – wo es nur irgend möglich war – keine Steuern oder Gebühren für öffentliche Dienstleistungen (z.B. Mieten) bezahlt haben. Heute braucht die Regierung diese Einnahmen mehr denn je. Aber es ist außerordentlich kompliziert, hier ein Umdenken oder gar eine Veränderung im Verhalten zu erreichen.

Die neuen demokratischen Freiheiten können natürlich auch gegen die neue Regierung eingesetzt werden. Heute hat jeder das Recht, gegen unliebsame soziale oder politische Erscheinungen zu protestieren und Ansprüche zu stellen, unabhängig davon, ob er am Befreiungskampf aktiv teilgenommen hat oder nicht. Das ist an sich nicht schlecht. Dadurch wird die Regierung ständig angespornt, ihre Vorhaben zu verwirklichen. Und vollkommene Entwicklungsprogramme gibt es sowieso nicht; immer dann, wenn die

ausgearbeiteten Pläne in die Realität umgesetzt werden sollen, haben sich die Bedingungen bereits geändert. Projekte sind entweder gut oder weniger gut, perfekt sind sie nie.

Ich möchte, daß auch die Regierung der Bundesrepublik begreift, worum es geht. Denn eine Regierung, die stets das Apartheid-Regime unterstützte und die jetzt erklärt, Deutschland sei der wichtigste Helfer im Kampf gegen die Auswirkungen der Apartheid – das ist schwer zu akzeptieren für das Volk meines Landes. Die Menschen wissen sehr gut was Aufrichtigkeit ist und was Lüge. Es genügt nicht zu sagen, wir dürften keine Ärzte aus Kuba haben, wenn wir keine Ärzte aus anderen Ländern bekommen – wegen der hohen Kosten, wegen anderer medizinischer Standards etc. Ich hörte gestern von einer jungen Frau, daß sie sich beworben hat, um als Ärztin nach Südafrika zu gehen. Und man war nicht sehr erfreut darüber; ihr wurde entgegengehalten, daß sie nicht genügend Erfahrung habe, sie kenne die Probleme nicht usw.

UTOPIE kreativ: Gibt es im ANC oder bei anderen Gruppierungen, die der Regierung nahe stehen, eine Art strategischer Vorstellung über den anzustrebenden Gesellschaftstyp? Welches Modell von Marktwirtschaft wird sich in Südafrika Ihrer Meinung nach durchsetzen?

DENIS GOLDBERG: Früher wurde im ANC viel über ein mögliches »Schwedisch-sozialdemokratisches Entwicklungsmodell« nachgedacht und debattiert. Die ostasiatische Variante des Kapitalismus hat dagegen keine größere Rolle gespielt. Heute vertreten viele die Ansicht, daß wir einen starken Staat brauchen, um die Rahmenbedingungen der Kapitalakkumulation, vor allem durch Investitionen in die Infrastruktur, rasch zu verbessern. Darüber hinaus kommt es darauf an, Privatkapital für ein Engagement im sozialen Bereich – vor allem im Wohnungsbau – zu gewinnen. Die Chancen dafür stehen wahrscheinlich gar nicht so schlecht, jedenfalls solange die Regierung in der Lage ist, entsprechende Profite zu garantieren. Denn mit dem »Kapitalismus« hat es schon eine seltsame Bewandnis – einerseits wird der Profit durch das unternehmerische Risiko gerechtfertigt, andererseits geht das Bestreben ständig dahin, dieses Risiko durch Regierungsgarantien auszuschalten. Ferner müssen wir eine Mischung zwischen modernen Technologien und arbeitsintensiven Produktionsformen finden, damit gerade beim Auf- und Ausbau der Infrastruktur mehr Arbeitsplätze geschaffen werden.

Insgesamt ist es wohl unmöglich, heute zu entscheiden, welches das anzustrebende Modell sein sollte. Südafrika mit seiner wohl einmaligen Situation, daß eine ganze Volkswirtschaft durch eine kleine weiße Minderheit beherrscht wurde, stellt wahrscheinlich einen Spezialfall dar. Es kommt darauf an, diese Struktur grundlegend zu verändern, ohne daß dabei auf die alten Akteure völlig verzichtet werden könnte. Ziel ist die Integration der gesamten Bevölkerung in moderne Wirtschaftsstrukturen, so daß alle in die Lage versetzt werden, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen – in Südafrika heißt das vor allem Entwicklung des kleinen und

»Cyril Ramaphosa, Generalsekretär des ANC machte durch seinen Wechsel in die Wirtschaft von sich reden. Als künftiger stellvertretender Vorsitzender der New Africa Investment Limited, des größten schwarzen Wirtschaftskonglomerats Südafrikas, will er dem Konzept des »Black Empowerment« in der Kaprepublik neues Gewicht verleihen.« Länderanalyse Südafrika, IFO Schnelldienst 15/96 (vom 24. Mai 1996), S. 27.

mittleren Gewerbes. Dieses Konzept deckt sich allerdings nicht unbedingt mit den Absichten der arrivierten schwarzen Geschäftsleute, die nun ihrerseits in die Chefetagen der großen Konzerne aufzusteigen trachten und dabei von den bisherigen Konzern-eigentümern unterstützt werden – z.B. indem Kredite für den Kauf von Firmenanteilen durch die Firmen selbst bereitgestellt oder gegenüber der Bank garantiert werden. Das hat wahrscheinlich weniger mit »Beteiligung von Schwarzen an der Macht« als vielmehr mit einer Art Korruption im Dienste der Machtsicherung für die bisherigen Eliten zu tun. Aber natürlich löst ein solcher Aufstieg auch Gefühle des Stolzes unter den Schwarzen aus, daß es einer von ihnen geschafft hat, erfolgreich zu sein – und so haben alle diese Vorgänge eben zwei Seiten. Überhaupt ist die soziale Wirklichkeit sehr viel komplexer als die, die man in den sozialwissenschaftlichen Lehrbüchern studieren kann.

UTOPIE kreativ: Besteht die Gefahr, daß der ANC unter dem Druck der Probleme, aus Enttäuschung darüber, daß die Entwicklung langsam verläuft, daß Gerechtigkeit nicht hergestellt werden kann, gespalten wird, daß es zur Radikalisierung vor allem der Jugend kommt?

»Für die Zukunft bleibt ... die alles entscheidende Frage, ob der ANC das System einer faktischen Einheitspartei anstrebt oder der pluralistischen Tradition des Landes mit einer aus etwa 7 Mill. Menschen bestehenden Mittelschicht (der größte Teil der Weißen, Mischlinge und Inder sowie auch einer wachsenden Zahl von Schwarzen) Rechnung trägt.«
Länderanalyse Südafrika,
IFO Schnelldienst 15/96
(vom 24. Mai 1996), S. 26.

DENIS GOLDBERG: Ich denke, daß die Allianz der verschiedenen Befreiungsbewegungen vor allem auf der Rolle des ANC beruht. Er war führend, viele seiner Mitglieder waren auch Mitglieder anderer Organisationen, z. B. der Gewerkschaften oder der Kommunistischen Partei. Aber sie alle akzeptieren als gewählte Abgeordnete in den Parlamenten die ANC-Disziplin, denn gewählt sind sie als ANC-Mitglieder. Das bedeutet, daß es zu jedem politischen Problem Debatten gibt, von linken und von rechten Positionen aus.

Wir brauchen eine Politik, die die arbeitenden schwarzen Menschen absichert, vor allem die schwarze Arbeiterklasse, aber auch andere Werktätige, die nicht in der Lage sind, ihren Lebensstandard zu halten. Wenn wir also überhaupt Entwicklung in Gang bringen wollen, können die Unternehmer nicht soviel Macht haben, wie sie gerne möchten. Es ist die klassische Rolle des Staates, beide Seiten auszubalancieren. Es herrscht also ständiger Kampf um das Entwicklungsprogramm, darum, wo investiert werden soll, wie Investitionen gelenkt werden sollen, ob sie überhaupt gelenkt werden sollen. Und es gibt südafrikanische Unternehmer, die sagen, daß sie eine stärker zentralistische Lenkung der Wirtschaft befürworten. Andere sagen natürlich: »Das ist der Sozialismus, der in Rußland gescheitert ist.« Sie ignorieren dabei, daß der Staat in den ostasiatischen »Tiger«-Ökonomien, in China und darum herum eine sehr zentrale Rolle gespielt hat; bei der Koordination der Investitionen, bei der Zeit-Planung für die Investitionen, bei der Bestimmung, welche Industrien rasch entwickelt werden sollen, bei der Gestaltung der Investitionen derart, daß international wettbewerbsfähige Produkte erzeugt werden, so daß im Außenhandel Gewinne erwirtschaftet werden, statt daß der Reichtum des Landes ohne jegliche soziale Entwicklung geplündert wird, so wie es in vielen Staaten Afrikas und Südamerikas geschehen ist.

Die südafrikanische Regierung ist sich dieser Herausforderungen bewußt. Sie hat z. B. die Verhandlungen mit der EU verlassen, nicht weil sie links ist, sondern weil sie den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden und zu viel Enttäuschung verhindern muß.

Vielleicht noch einmal dazu. Es ist etwas früh, nach zweieinhalb Jahren über Enttäuschungen zu sprechen. Das erste, was getan werden mußte, war die Einrichtung eines parlamentarischen Systems, die Umgestaltung des öffentlichen Dienstes, politische Detailprobleme waren zu lösen, wie z. B. die Regelung des Zuganges zu Staatsgeheimnissen. Es ging darum, den öffentlichen Dienst bei der Gestaltung der neuen Politik kreativ einzubeziehen. Das ist ein sehr schwieriges Problem. Eine Polizei, die noch durch und durch gewohnt ist, politische Anweisungen des alten Apartheid-Regimes auszuführen, hat vergessen, wie gewöhnliche Kriminalität zu bekämpfen ist. Falsch, sie hat es nicht vergessen, sie ist es gewohnt, Verbrechen als ein Instrument sozialer Kontrolle zu benutzen. Die Polizei ist so korrupt geworden, daß ihr nur wenige Menschen vertrauen. Das mußte unter Kontrolle gebracht werden. Die alten Streitkräfte, die eine so entscheidende Rolle für den Erhalt der Apartheid gespielt haben – sie müssen jetzt transformiert werden. Und wer soll das tun? Genau dieselben Offiziere, die auch früher die Kontrolle besaßen. Natürlich haben sie jetzt einen neuen Minister, neue Vorgesetzte, Generäle usw., aber Armee bleibt eben Armee.

Die zweieinhalb Jahre sind wirklich eine sehr kurze Zeit. Und ich denke, daß eine Menge getan wurde. Eine neue Verfassung wurde erarbeitet, die zum größten Teil akzeptiert wurde. Zu einigen Artikeln gab es Veränderungen nach Prüfung durch das Verfassungsgericht. Jetzt dürfte die zweite Fassung angenommen werden. Spätestens im Juli nächsten Jahres soll diese erste demokratische Verfassung Südafrikas in Kraft treten. Ich halte das für eine große Errungenschaft.

Ich denke, daß wir 1999 – nach den nächsten Wahlen – verschiedene Dinge angehen müssen. Ich habe meinen Genossen in den Provinzregierungen gesagt: »Es ist Zeit, mit den Debatten aufzuhören und mit dem Bau von Krankenhäusern, Schulen usw. zu beginnen. Denn wenn ihr eure Ämter verlaßt – einige von ihnen sind jetzt alte Männer – dann möchtet ihr, daß man sich an das erinnert, was ihr habt bauen lassen, und nicht, daß ihr versprochen habt zu bauen. Irgendwie müßt ihr die Probleme lösen. Es ist Zeit, to kick asses – den Hintern zu heben, wie die Amerikaner sagen.« Wohin man auch in Südafrika kommt, überall sind Baustellen, Schulen werden gebaut, Lehrer werden ausgebildet. Ich bin wirklich sehr optimistisch.

Aber – um auf die Frage zurückzukommen – natürlich gibt es innerhalb des ANC radikale Elemente. Das hängt auch damit zusammen, daß eine wirkliche Gleichberechtigung aller in Südafrika lebender Gruppen – Schwarze, Inder, Farbige – bisher keineswegs erreicht wurde. Aber es gibt auch Splittergruppen unter den Schwarzen und den Farbigen, die immer darauf bedacht waren, sich mit den Weißen zu arrangieren; dadurch erklären sich zum

»Südafrika reagiert ärgerlich auf die bekanntgewordene Überlegung, daß die EU bis zu 70 Prozent der Agrarerzeugnisse von vornherein aus der Vereinbarung ausschließen will. (...) Bei einer Abschaffung der Devisenkontrollen (die das Ausland zunehmend fordert) wird jedoch damit gerechnet, daß bis zu 150 Mrd. Rand aus dem Land abfließen könnten, denen lediglich Devisenreserven von 18 Mrd. Rand gegenüberstehen.« Länderanalyse Südafrika, IFO Schnelldienst 15/96 (vom 24. Mai 1996), S. 28 und 23.

»Das Reconstruction and Development Programme war vor zwei Jahren als vielversprechende Zukunftsvision verkündet und vorbereitet worden. innerhalb von fünf Jahren sollten 1 Mill. Häuser gebaut, 2,5 Mill. Wohneinheiten elektrifiziert, eine weitere Million Menschen mit Trinkwasser versorgt und insgesamt mehr als 2 Mill. neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Als Folge bürokratischer Unfähigkeit und Mißmanagement sieht die Bilanz jetzt eher deprimierend aus: Ganze 12.000 Wohnungen waren vom Staat errichtet worden...« Länderanalyse Südafrika, IFO Schnelldienst 15/96 (vom 24. Mai 1996), S. 27.

Beispiel die Wahlergebnisse in der Kapprovinz, wo diese Gruppe besonders stark war. Solange jedoch eine tatsächliche Gleichstellung der diskriminierten Gruppen nicht erreicht ist, hat der ANC eine wichtige Funktion, die ihn zusammenhalten wird – obgleich die Debatten zwischen mehr antikapitalistisch und mehr kapitalistisch orientierten, mehr oder weniger nationalistischen Anhängern natürlich andauern werden.

UTOPIE kreativ: Können Sie sich vorstellen, daß die Dinge in Südafrika eine ähnliche Wendung nehmen werden wie in Zimbabwe? Dort ist das anfängliche Mehrparteiensystem inzwischen faktisch zur Ein-Personen-Herrschaft mutiert.

DENIS GOLDBERG: Ich denke, daß Sie mit mir übereinstimmen, daß es in der Politik um Konflikte zwischen sozialen Kräften geht. Es geht nicht einfach um Ein-Personen-Herrschaft. So etwas kann geschehen – wir sahen es in einigen Fällen in Osteuropa. Ich glaube nicht, daß Zimbabwe einen solchen Zustand erreicht hat. Ich denke, es gibt einen sehr mächtigen Staatspräsidenten Robert Mugabe. Ich bin nicht sicher, ob das negativ ist. Ich fand sehr interessant, daß Mugabe sehr kritisch in den Medien behandelt wird, z. B. der Premierminister von Malaysia aber nicht, der wesentlich mehr reale Macht besitzt bei einer weit größeren Bevölkerung in einer relativ hoch entwickelten kapitalistischen Wirtschaft, mit großen Investitionen aus Japan, den USA und Kanada. Ich bin froh über die Entwicklung in Malaysia: Dort geht es für die Politik nicht mehr vorwiegend um die Armut der Landbevölkerung, sondern um die Arbeitslosigkeit in einer industrialisierten Wirtschaft. Und wenn Premierminister Mohammed Monaghir harte Maßnahmen durchsetzt, sagt alle Welt: »Er ist genial!« Warum fürchtet Europa derartiges in Afrika?

UTOPIE kreativ: Das Problem ist nicht eine parlamentarische Demokratie nach dem Muster von Deutschland oder Frankreich. Es geht einfach um ein Phänomen, das man in verschiedenen afrikanischen Staaten beobachten kann – die Tendenz zur Ein-Mann-Herrschaft.

DENIS GOLDBERG: Ich kann dazu nur sagen, daß nach meiner Überzeugung die politische Struktur in weitem Maße die zugrunde liegenden sozialen Realitäten widerspiegelt, den Charakter der sozialen und ökonomischen Kräfte. Ich denke, so auf Südafrika zu schauen, auf Afrika überhaupt, ist eine sehr eurozentristische Sicht: der »dunkle« Kontinent mit seinen »geheimnisvollen« schwarzen Menschen. So wird Afrika oft in den Medien dargestellt. Zumindest ist das die Wahrnehmung aus der Perspektive der Afrikaner: Diese merkwürdigen Weißen – ich bin Weißer – lachen über uns. Die denken, Afrika ist einfach überall dasselbe, wohin man auch kommt. Ich frage, haben nicht Europa und Amerika mit dazu beigetragen, derartige politische Strukturen aufzubauen? Was hat die Weltbank durch ihre Kreditkonditionen erreicht? Ging es nicht vor allem darum zu sichern, daß die Mittel für den Schuldendienst

aufgebracht werden? Und da hat es sich doch angeboten, eine kleine Gruppe von Machthabern zu installieren, die sich dieser Aufgabe vor allem verschrieben haben. In Südafrika liegen die Dinge allerdings anders. Hier gibt es eine relativ entwickelte Wirtschaft, die aber bisher – soweit die Arbeitsplatzsituation betrachtet wird – nur eine Hälfte der Bevölkerung tatsächlich integriert hat. In der Vergangenheit war dieses Modell sehr funktional, die aus dem Wirtschaftssystem de facto Ausgeschlossenen bildeten eine Armee von Arbeitssklaven, die willkommene Arbeitsleistungen fast ohne Bezahlung erbrachten. Allein dazu wurden schließlich die Bantustans geschaffen. Dorthin wurde ein großer Teil der Reproduktionskosten für die Arbeiterschaft unbezahlt verlagert. Wenn die Familien der Arbeiter auf dem Lande zurückbleiben müssen, während der Arbeiter selbst kaserniert wird, kann sein Arbeitslohn niedrig gehalten werden. Bezahlt werden müssen schließlich nur die unmittelbaren Lebensmittel und vielleicht eine geringe Summe zur Unterstützung der in den Bantustans zurückgebliebenen Familienangehörigen. Aber Ausgaben für Renten, für Wohnungen, für Straßenbau oder für Bildung fallen praktisch nicht an; um diese »normalen« Elemente des Einkommens konnte der Arbeitslohn der Wanderarbeiter gedrückt werden. Lohnarbeit ist dann natürlich ausgesprochen billig – das hat die »South African Chamber of Mines« durchaus offen zugegeben, und es ist nichts anderes als solide kapitalistische Lohntheorie. Auf der Seite der Arbeiter gibt es natürlich auch eine Art Lohntheorie, die fordert, daß alle Reproduktionsaufwendungen durch den Arbeitslohn abgegolten werden müssen. Worauf ich damit hinaus wollte, ist zu verdeutlichen, daß sich in Südafrika zwei machtvolle organisierte Gruppen gegenüberstehen – die Arbeiterschaft und das Unternehmertum. Das ist keinesfalls etwas, was für andere afrikanische Länder genauso zutrifft. Der »Westen« hat da durchaus einen falschen Blick auf die Realitäten – voller Voreingenommenheit, z.B. wenn die Zeitungen überquellen von Nachrichten über »Korruption in Afrika«, während niemand sehen will, daß natürlich auch Europa seine Korruptionstraditionen hat; denken wir nur an die Auftragsvergabepraktiken im Baugewerbe. Es kommt darauf an, die jeweils konkreten sozialen Strukturen und die damit verbundenen Organisationsformen zu sehen. Ich glaube, in Südafrika dominiert eindeutig ein starker politischer Wille, demokratische Formen gesellschaftlicher Organisation aufzubauen und zu bewahren. Die einzigen, die Interesse an einer Art Diktatur haben könnten, sind eine Handvoll Geschäftsleute zusammen mit einigen ewiggestrigen Elementen. Auch autokratische Varianten von Entdemokratisierung haben nach meiner Überzeugung in Südafrika in absehbarer Zeit keine realistische Chance.

UTOPIE kreativ: Was läßt sich über die zukünftige wirtschaftliche Rolle Südafrikas in der Region und in der Weltwirtschaft überhaupt sagen?

DENIS GOLDBERG: Weltwirtschaftlich orientiert sich die neue südafrikanische Regierung vor allem darauf, von einem Rohstoff-

»Verschlechtert hat sich auch die Situation der Außenwirtschaft. Stark steigende Importe (ihre Zunahme lag 1995 wertmäßig um 29 Prozent und quantitativ um 20 Prozent über dem Niveau von 1994), die rückläufige Goldproduktion und vermehrte Nettolohnzahlungen für Dienstleistungen an das Ausland bewirkten eine drastische Erhöhung des Leistungsbilanzdefizits. (...) Kräftig zugenommen hat insbesondere die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen (Chemikalien, Maschinen, Elektroartikel, Transportmittel, Papierwaren), auch die Ausfuhren des Nichtgold-Bergbaus entwickelten sich zufriedenstellend, während der Agrarexport auf Grund der ungünstigen Witterungsverhältnisse deutlich zurückging.«
Länderanalyse Südafrika, IFO Schnelldienst 15/96 (vom 24. Mai 1996), S. 22.

extraktionsland zu einem Exporteur verarbeiteter Erzeugnisse zu werden; d. h. vor allem geht es zunächst darum, den Verarbeitungsgrad der Produkte nach und nach zu steigern. Regional gesehen müssen natürlich die Kooperationsbeziehungen zwischen den Staaten noch wesentlich stärker entwickelt werden. Südafrika, wie die Nachbarländer auch, hat gute Voraussetzungen, seinen Binnenmarkt zu entfalten, so daß sich für die verarbeitende Industrie ein ausreichend aufnahmefähiger regionaler Absatzmarkt herausbilden kann. Das ist allerdings auch eine wichtige Quelle für Spannungen zwischen den USA, der EU und Südafrika. Früher hatte die Apartheid-Regierung ein umfangreiches System von Importkontrollen, und auch die westlichen Länder haben ihren Handel mit Südafrika durch finanzielle und produktbezogene Maßnahmen stark kontrolliert und reguliert. Heute fordern die USA und die EU von der neuen Regierung in Südafrika die Beseitigung aller Handelskontrollen und Schutzmaßnahmen, was schließlich nur zur Zerstörung der einheimischen verarbeitenden Industrie führen kann. Gleichzeitig wendet gerade die EU eine Fülle von Sonderbestimmungen und nicht tarifären Handelshemmnissen gegen Nicht-EU-Mitglieder an, und dies insbesondere in Bereichen, die – wie z.B. die Landwirtschaft – von vitalem Interesse für letztere sind. Gerade aufgrund derartiger Diskriminierungen hat die südafrikanische Delegation die Verhandlungen mit der EU demonstrativ unterbrochen. Ich kann nur hoffen, daß die Regierung hart bleibt und sich vor allem auf die Entwicklung der nationalen Wirtschaft konzentriert.

»Geplant ist ein Entwicklungskorridor von Gauteng (Johannesburg) über Osttransvaal zur mosambikanischen Provinz Maputo. Vier Projekte mit einem Finanzaufwand von 1,3 Mrd. Rand haben die Modernisierung der Bahnstrecke und Hafenanlagen, den Bau einer Schnellstraße, eines neuen Grenzpostens und die Installation eines digitalen Telekommunikationssystems zum Ziel. Für Südafrika ist die Wirtschaftsentwicklung in Mosambik auch deshalb von hoher Priorität, weil vor allem aus diesem Nachbarland jährlich Hunderttausende die Grenze illegal auf der Suche nach Arbeit überschreiten.«
Länderanalyse Südafrika, IFO Schnelldienst 15/96 (vom 24. Mai 1996), S. 28.

In der Region selbst gibt es ähnliche Spannungen, wie zwischen EU und Südafrika, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Das, was Südafrika gegen die EU vorbringt, bringt z.B. Zimbabwe gegen Südafrika vor. Sicherlich gibt es die reale Gefahr, daß vor allem die großen südafrikanischen Unternehmen in den regionalen Wirtschaftsraum expandieren, ohne sich allzuviel um die Interessen der einzelnen Länder zu kümmern. Andererseits gibt es aber inzwischen auch schon eine Reihe länderübergreifender Entwicklungsprojekte – wie die Sonderwirtschaftszone zwischen der RSA und Moçambique –, die Hoffnungen auf eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit bestärken. Neben den unmittelbaren Vorteilen z.B. im Bereich der Infrastruktur und auf dem Transportsektor liegt dies nicht zuletzt auch im Eigeninteresse Südafrikas, das bestrebt sein muß, seine Nachbarn wirtschaftlich zu unterstützen, damit die illegale Zuwanderung gemindert werden kann.

UTOPIE kreativ: Die Wanderungsbewegungen im südlichen Afrika wurden bereits angesprochen. Nun hat Südafrika über Jahrzehnte ein Wanderarbeitssystem auf- und ausgebaut, das große Bevölkerungsgruppen in den Nachbarländern abhängig gemacht hat von Einkünften, die sie über Kontraktarbeit in den südafrikanischen Minen erzielt haben. Wie sehen sie die sicherlich problematische Zukunft dieses »Wanderarbeitssystems«?

DENIS GOLDBERG: Das ist mit Sicherheit ein sehr kompliziertes Problem, für das es keine einfache Antwort geben kann. Die

größere Herausforderung stellt meines Erachtens im Moment allerdings die illegale Zuwanderung nach Südafrika dar. Ein Land, in dem nur ca. die Hälfte der verfügbaren Arbeitskräfte in die formelle Wirtschaft integriert ist, kann nicht unbegrenzt Zuwanderer aufnehmen und vor allem beschäftigen. Aber da läßt sich nur schwer etwas machen. Südafrika hat in vielen Bereichen einen Entwicklungsvorsprung gegenüber seinen Nachbarn und ist dadurch attraktiv für Zuwanderer mit relativ guter Ausbildung – für Lehrer, Ärzte, Veterinärmediziner usw. Das ist natürlich eine Art »brain train« aus der Region nach Südafrika. Die einzige wirkliche Lösung des Problems Arbeitslosigkeit und der durch das Gefälle im Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung ausgelösten Wanderungsbewegungen ist die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region; auf sich allein gestellt, können es die Länder nicht schaffen, dafür braucht es gegenseitig vorteilhafte Kooperation zwischen ihnen.

Die hohe Arbeitslosigkeit und der Migrationsdruck unterhöhlt natürlich auch die Stellung der Gewerkschaften, die zunehmend unter den Verdacht kommen, daß sie die Interessen einer Elite vertreten, nämlich derjenigen, die einen – relativ gut bezahlten – Arbeitsplatz haben.

Dann werden immer wieder Forderungen erhoben, daß die Gewerkschaften Zurückhaltung bei den Lohnforderungen üben sollen, damit mehr Arbeitsplätze entstehen. Ich denke, daß solche Forderungen an der Realität vorbeigehen. Die Aufgabe der Gewerkschaften ist nun mal, dafür zu sorgen, daß sich die Lebensverhältnisse ihrer Mitglieder verbessern – aber das sollte eigentlich auch diejenigen einschließen, die keine Arbeit haben. Permanente Arbeitskämpfe um höhere Löhne sind allerdings auch keine Lösung, da sie die Produktion treffen und die Fertigstellung von vielen Dingen, die wir dringend brauchen – vor allem Wohnungen – , nur noch weiter hinauszögern würden. Gegenwärtig hat man auch den Eindruck, daß in den Medien die Gewerkschaften bzw. der Gewerkschaftsdachverband COSATU zunehmend unter Druck geraten. Ihnen wird vorgeworfen, durch ihre Fixierung auf bestimmte hochgradig organisierte Segmente der Arbeiterschaft die Apartheid-Politik indirekt mitgetragen zu haben. Zweifellos ist diese Kampagne Bestandteil der sich zuspitzenden Konfrontation zwischen Arbeitern und Kapital, und sie soll offensichtlich dazu dienen, die Gewerkschaften zu schwächen. Dieser Konflikt könnte sich zu einem ernstem Entwicklungshindernis ausweiten, wenn die Regierung hier nicht vermittelnd eingreift. Überhaupt ist es in der gegenwärtigen Situation eine wichtige Aufgabe der Regierung, den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau rasch voran zu bringen. Dafür hat die Gewerkschaftsbewegung gerade in der Phase des politischen Umbruchs – vor den ersten freien Wahlen 1994 – sehr viel konstruktive Vorarbeit geleistet. Während der ANC vollauf damit befaßt war, den politischen Prozeß zu bewältigen, haben sich die Gewerkschaften auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Transformation – durch Konzepte und durch Verhandlungen mit den Unternehmerverbänden – konzentriert. Heute ist der ANC allerdings in der undankbaren Situation, daß er von beiden Lagern

– von den Gewerkschaften und den Unternehmern – unter Druck gesetzt wird.

»Die Nachfolge von Präsident Mandela scheint durch den Wechsel von Cyril Ramaphosa, als schärfster Konkurrent von Vizepräsident Thabo Mbeki, zugunsten von Mbeki entschieden zu sein. Allerdings hätte Ramaphosa als führende Wirtschaftsvertreter des ANC auch jederzeit die Möglichkeit für ein politisches Comeback.«
Länderanalyse Südafrika, IFO Schnelldienst 15/96 (vom 24. Mai 1996), S. 27.

UTOPIE kreativ: Zurück zur Politik; wer sind die Nachfolger von Nelson Mandela und seiner Generation politischer Führer? Formiert sich bereits das politische Establishment für das Südafrika jenseits der Jahrtausendwende?

DENIS GOLDBERG: Diese Frage wird sich schon sehr bald stellen. Ende 1997 wird sich Mandela nach seinen eigenen Worten aus der aktiven Politik zurückziehen, obwohl er noch bis 1999 Staatspräsident bleiben will. Die letzten beiden Amtsjahre hat er vor, sich vor allem der Reorganisation des ANC zu widmen. Gleichzeitig formiert sich in den verschiedenen Organisationen und im Staatsapparat, in den öffentlichen Verwaltungen usw. bereits die neue Generation von politischen Führern. Der primus inter paris ist gegenwärtig ohne Zweifel Thabo Mbeki. Aber auch wenn Thabo Mbeki aus welchem Grund auch immer für die Nachfolge Mandelas nicht zur Verfügung stünde, gibt es weitere vier bis fünf Persönlichkeiten, die diese Rolle übernehmen könnten.

UTOPIE kreativ: Kann man etwas zum sozialen Hintergrund dieser neuen Generation politischer Führer in Südafrika sagen?

DENIS GOLDBERG: Viele von ihnen kommen aus ANC-Strukturen im Exil, im Ausland. Einige kommen von der Vereinigten Demokratischen Front, die bekanntlich in den letzten Jahren vor dem Sturz des Apartheid-Regimes in Südafrika den Widerstand im Inland organisiert hat. Manche haben studiert, und fast alle haben bereits eine Fülle praktischer Erfahrungen vor allem in den politischen Massenbewegungen gemacht. Gegenwärtig sammeln sie weitere wichtige Erfahrungen im Regierungsapparat, in den Verwaltungen, in Provinzparlamenten usw. Natürlich sind das vor allem Schwarze, aber nicht nur. Ich kann mir eigentlich in absehbarer Zeit keinen Präsidenten in Südafrika vorstellen, der kein Schwarzer wäre. Aber in den Regierungsorganen, in den Parlamenten usw. wird die Hautfarbe sicherlich eine immer geringere Rolle spielen.

UTOPIE kreativ: Dürfen wir Sie zum Abschluß noch um einige persönliche Worte an unsere Leser bitten?

DENIS GOLDBERG: Ich war in letzter Zeit viel in Europa und insbesondere in Deutschland unterwegs, und mir scheint es wichtig, daß zunächst einmal eine ganze Reihe von Vorurteilen gegenüber Afrika abgebaut werden. Deshalb sage ich es gern noch einmal: In Afrika leben Menschen, die von der eurozentristischen Geschichtsschreibung lange Zeit entweder ignoriert oder mystifiziert wurden. Diese Haltung kann man heute sogar noch bei fortschrittlich eingestellten Menschen in Europa antreffen. Wir alle sollten uns noch stärker bewußt machen, daß wir in dieser »kleinen« Welt aufeinander angewiesen sind und daß wir deshalb

unsere Sensibilität für die Wünsche und Ängste unserer Mitmenschen bewahren müssen. Auch wenn es heute in Europa viele Probleme gibt – vor allem mit der wachsenden Arbeitslosigkeit –, so sollte doch hier niemand vergessen, daß die Europäer, verglichen mit Menschen in anderen Erdteilen, einen unglaublich hohen Lebensstandard haben. Und die Menschen, die in Europa leben, können durchaus einiges dafür tun, daß auch in anderen Regionen sich die Lebensbedingungen verbessern. Sie können zum einen dazu beitragen, daß sie die politischen Verhältnisse hier beeinflussen, so daß die regierungsoffizielle Politik gegenüber den Ländern und den Menschen außerhalb Europas sich positiv verändert – das ist die Aufgabe, für die ich mich im Besonderen engagiere. Zum anderen können die Menschen hier auch einen sehr individuellen Beitrag zur Entwicklung in Südafrika leisten – durch direkte Unterstützung von konkreten Projekten, durch direkte Zusammenarbeit mit Menschen in Südafrika im Bereich der Ausbildung, im Gesundheitswesen, in vielfältigen Projekten, die versuchen, die Lebensbedingungen irgendwo in einer kleinen Stadt oder auf dem Lande wenigstens ein klein wenig zu verbessern. Ich lasse Ihnen einiges Informationsmaterial hier, das Sie vielleicht über ihre Zeitschrift mit publik machen können. Vielleicht finden sich so Menschen, die sich für ein konkretes Projekt in Südafrika einsetzen wollen – das wäre das Beste.

UTOPIE kreativ: Vielen Dank.